Der „Osservatore Romano" und die Erklärungen Hitlers

Das päpstliche Tagesorgan, der „Osservatore Romano", hatte zunächst nur eine kurze Bemerkung über die bedeutsame Erklärung des Reichskanzlers zu den Beziehungen zum Heiligen Stuhl, und über die Haltung den Konfessionen gegenüber gebracht, dies im Zusammenhang mit dem übrigen Regierungsprogramm. Aus diesem kurzen, wenige Zeilen umfassenden Text konnte man sich kaum ein Bild von der Tragweite der Mitteilungen machen.

Nunmehr hat der „Osservatore Romano" am Sonntag auf der ersten Seite im Sperrdruck den Wortlaut übersetzt und unverkürzt wiedergegeben. Das Blatt enthielt sich des Kommentars, fügte aber ein paar einleitende Bemerkungen an, aus denen das Gewicht dieser Aeußerungen von verantwortlicher Stelle hervorging.

Am Dienstag darauf hat dann der „Osservatore" ebenfalls an führender Stelle des Blattes eine wörtliche Uebersetzung der Erklärungen von Prälat Kaas für das Zentrum und auszugsweise vom Abgeordneten Ritter von Lex für die Bayerische Volkspartei veröffentlicht, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß die Worte des Prälaten Kaas nicht nur im Zentrum, sondern auch weiter rechts und sogar auf den Tribünen Beifall fand.

Man hat von diesen Vorgängen in vatikanischen Kreisen mit Aufmerksamkeit und Befriedigung Kenntnis genommen, wie wir festzustellen Gelegenheit hatten. Im übrigen bewahrt der Vatikan den innenpolitischen Vorgängen Deutschlands gegenüber strengste und objektive Neutralität. Er mischt sich in keiner Weise in die Auseinandersetzungen ein, die in parteipolitischer Hinsicht dort geführt werden. Auch die Beurteilung der konfessionellen Haltung der einzelnen Parteien überläßt er den zuständigen deutschen kirchlichen Stellen, wie es auch bisher der Fall gewesen ist.

Mit Nachdruck beteiligt sich auch das vatikanische Tagesorgan an der Dementierung der Schauermärchen, die im Ausland über die Zustände in Deutschland verbreitet waren. Es werden nicht nur die amtlichen deutschen Erklärungen dazu wiedergegeben, sondern durch ein Telegramm aus Washington wird ausdrücklich bestätigt, daß man auch dort die Beruhigung der Lage in Deutschland festgestellt habe.

Einführung des neuen Propagandapräfekten

Rom. In schlichter, aber eindrucksvoller Weise führte sich am Morgen des 20. März 1933 Kardinal Fumasoni-Biondi, der neue Präfekt der Propaganda, in sein Amtsbereich ein. Im Kongregationssaal des alten Palazzo an deren Piazza die Spagna begrüßte Erzbischof Salotti als Sekretär und im Namen des versammelten Personals den Kirchenfürsten. Im Namen aller gab er das Versprechen treuer Mitarbeit und bat den Kardinal, im Geist und in der Art des verstorbenen Kardinals van Rossum allen dieselbe väterliche Güte, das herzliche Wohlwollen zu zeigen, wie es dem hohen Verstorbenen eigen war. Kardinal Fumasoni wies in einer herzlichen Erwiderung auf die Größe der Aufgaben hin, die seiner und aller Mitarbeiter harren. Ihm sei zu Mute, wie einem, der in die alte, vertraute Familie zurückkehre. Habe er doch in seiner priesterlichen Jugend die ersten und stärksten Eindrücke in diesem Hause empfangen und dort eine Reihe bedeutender vorbildlicher Männer kennen gelernt. Nie sei er später durch seinen Beruf und seine Arbeiten in Indien, Japan und Amerika dem Aufgabenbereich der Propaganda entfremdet worden.

„Sudetendeutscher Volksrat"

Der Abwehrkampf des Deutschtums gegen die wirtschaftlichen Erdrosselungsversuche

Marxistischer Separatismus

(Von unserem Vertreter.)

L. Prag, Ende März.

Der Verfall der sudetendeutschen Wirtschaft geht unaufhaltsam weiter. Am deutlichsten zeigt sich das im Emporschnellen der Arbeitslosenziffern. Allein im deutschen Nordböhmen erreicht diese Ziffer 188 943. Textil- und Glasindustrie liegen vollständig brach. Aehnliche Verhältnisse herrschen in den übrigen sudetendeutschen Siedlungsgebieten. Auch im deutschen Schlesien ist jeder fünfte oder sechste Bewohner arbeitslos. Die sudetendeutsche Wirtschaft ist an diesem Niedergange selbst nicht schuld. Sie ist die Gefangene der tschechoslowakischen Handelspolitik. Der Wirtschaftskrieg, den man von tschechoslowakischer Seite als Antwort auf die deutschen Zollmaßnahmen begonnen hat, bedroht vor allem deutsche Unternehmungen. **Die deutschböhmischen Kurorte haben berechnet, daß — falls der Zahlungsverkehr mit Deutschland nicht rechtzeitig in normale Bahnen gelenkt würde — man mit einem Ausfall von mindestens 242 Millionen Kronen rechnen müßte. Auch das deutsch-böhmische Riesengebirge bangt um seinen Fremdenverkehr. . . .**

Gerade der tschechoslowakisch-deutsche Wirtschaftskrieg hat gezeigt, in welch tragischer Lage sich die sudetendeutsche Wirtschaft befindet. Der tschechischen Politik geht es dabei nicht nur um wirtschaftliche, sondern ebenso sehr um politische Fragen. Ihr handelt es sich, wie wir schon einmal in der „Germania" dargelegt haben, auch darum, die Tschechoslowakei möglichst aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland und damit aus dem deutschen Einfluß überhaupt zu lösen, selbst um den Preis der eigenen Verarmung. So schreibt „Ceské Slovo", das Organ des Außenministers Benesch: „Deutschland hat schon einen Zollkrieg verloren. Mit Polen. Auch damals, als die Deutschen diesen Krieg begannen, glaubten sie, daß Polen zusammenbrechen wird, weil es völlig vom deutschen Markt abhängig war. Aber es ist nicht zusammengebrochen. Im Gegenteil, am Ausbau der polnischen Industrie beteiligten sich Frankreich, England und Amerika. Als sich die Verhältnisse ausgeglichen hatten und Deutschland wieder nach Polen zu liefern begann, waren das nur mehr Trümmer. Heute ist Polen bei weitem nicht mehr in diesem Maße von Deutschland abhängig wie vor dem Zollkrieg."

Wie sehr das Sudetendeutschtum auch unter der innerstaatlichen tschechischen Wirtschaftspolitik zu leiden hat, zeigte sich am krassesten beim Fall der „Zentralbank deutscher Sparkassen." Diese Bank mußte vor einigen Tagen ihre Schalter schließen. Ursache der Schwierigkeiten dieses Institutes waren große Verluste in der Umsturzzeit, als sich das Institut von der Wiener Mutteranstalt trennen mußte und die Schluckenauer Sparkasse, eine der größten Sudetendeutschen Sparkassen, infolge der Nichtaufwertung der österreichischen Kriegsanleihe zusammenbrach. Dazu kam die durch die Wirtschaftskrise verursachte Kreditkrise. Während man auf tschechischer Seite Banken und Geldinstitute, die ihre Lebensunfähigkeit zur Genüge bewiesen hatten, mit Hunderten von Millionen Kronen sanierte, hatte man für die Zentralbank deutscher Sparkassen nur unzulängliche Mittel übrig. Auch hier überwiegen scheinbar die tschechischen politischen Interessen. Man wird nun wahrscheinlich versuchen, die deutschen Sparkassen einer tschechischen Institution unterzuordnen.

Es ist klar, daß diese Vorgänge ihre politische Wirkung unter den Sudetendeutschen haben müssen. Es bereitet sich unstreitig eine politische Radikalisierung vor. Auf tschechischer Seite macht man es sich zu leicht, wenn man darin nur den Einfluß des reichsdeutschen Nationalsozialismus sehen will. Dem Sudetendeutschen ist es doch klar, daß ihm die demokratisch-parlamentarische Verfassung in der Tschechoslowakei die einzige Möglichkeit gibt, seine Stimme öffentlich zu erheben. Der politische Radikalismus der Sudetendeutschen wendet sich vor allem gegen die deutschen Regierungsparteien, Bund der Landwirte und Sozialdemokraten, die ja hauptsächlich nur aus Parteigründen in der Regierungskoalition sind, um jeweils den agrarischen oder sozialistischen Machtblock in der Regierung zu stärken. **Die deutsche Opposition macht nun mit Recht auch die deutschen Regierungsparteien für die katastrophale tschechische Wirtschaftspolitik mitverantwortlich.** Es genügt nicht, daß die deutschen Minister bloße Ressortminister sind, sondern sie müßten die Gesamtinteressen des Sudetendeutschtums vertreten. Angesichts des Trümmerfeldes der sudetendeutschen Wirtschaft müßte das Volksinteresse über das Einzelinteresse der Parteien gehen. Wie sehr die Opposition bereits das Feld erobert hat, zeige die Gemeindewahl in der Stadt Eger, wo die Sozialdemokraten mit einem Schlage 2000 Stimmen verloren. Der Bund der Landwirte, der in diesen Tagen in Prag seinen Reichsparteitag abhielt, sah sich genötigt, in einer Entschließung von den tschechischen Machthabern in „absehbarer Zeit" Ergebnisse eines Entgegenkommens in nationaler Hinsicht zu verlangen.

In sudetendeutschen Kreisen ist man sich aber dessen bewußt, daß es mit Radikalismus und Opposition nicht getan ist. Es muß eine positive Aufbauarbeit hinzutreten. Zu dieser gehören: daß die Sudetendeutschen ihre politischen Kräfte wieder zu einem gemeinsamen Einsatz sammeln. Hauptfeind der politischen Einigung des Sudetendeutschtums ist die Sozialdemokratie, deren doktrinärer Marxismus zu einem nationalen Separatismus ausartet. Es ist auch bezeichnend, **daß in diesen Tagen die deutsche sozialdemokratische Presse in einer Weise gegen die neue Regierung in Deutschland hetzte, daß sie auch von der tschechischen Presse nicht überboten werden konnte.** Eine weitere Forderung des sudetendeutschen Aufbaues ist, daß sich Unternehmer und Arbeiter zu einer Leistungs- und Schicksalsgemeinschaft finden. Ihren organisatorischen Ausdruck sollen die Bestrebungen, alle Kräfte des Sudetendeutschtums zusammenfassen, in der Schaffung eines „Sudetendeutschen Volksrates" finden. Es ist nur zu wünschen, daß die Vorbereitungsarbeiten für diesen Volksrat möglichst bald zu einer konkreten Ausgestaltung dieser Einrichtung führen. Wenn das Sudetendeutschtum nicht in sich selbst zurückfindet, wird es stets nur Objekt fremder politischer Interessen bleiben und bald da bald dort geschlagen werden.

Innsbruck. Der Gemeinderat von Imst hat dem Reichskanzler das Ehrenbürgerrecht verliehen. Imst ist die erste Stadt in Oesterreich, die dem Reichskanzler diese Ehrung hat zuteil werden lassen.

Papsttum und Weltmission

Von

Univ.-Prof. Dr. Josef Schmidlin

Wie bereits angekündigt, ist soeben im Verlag J. Kösel & Fr. Pustet, München, der 1. Band der auf drei Bände berechneten „Papstgeschichte der neuesten Zeit" von Univ.-Prof. Dr. Josef Schmidlin erschienen. (ca. 700 Seiten, Subskriptionspreis auf das Gesamtwerk (3 Bände) Ganzleinen M. 24.—, Halbleder M. 27.—; Einzelpreis Ganzleinen M. 27.—, Halbleder M. 30.—.) Der vorgenannte Band behandelt die Päpste der Restauration bis auf Gregor XVI. Von besonderem Reiz ist die Parallele seines Pontifikates zu dem gegenwärtigen; auch Gregor XVI. war ein Missionspapst wie Pius XI., wie die umfangreichen, bis ins Detail gehenden Untersuchungen Schmidlins zeigen. Mit Genehmigung des Verlages geben wir hierunter einen Auszug aus dem 1. Band der „Papstgeschichte der neuesten Zeit" wieder:

Wenn man einen der vielen Nachfolger Petri, die dem katholischen Heidenapostolat ihre besondere Liebe und Hilfe zugewandt haben, mit dem Ehrentitel eines Missionspapstes bezeichnen darf, dann ist es der Kamaldulenser Mauro Cappellari, der am 2. Februar 1831 als Propagandapräfekt zum Oberhaupt der ganzen Kirche und damit auch der Mission erhoben wurde. Mag der Sinn und Wert seiner weltlichen wie geistlichen Papstregierung sehr umstritten sein, mögen seine Anschauungen und Amtshandlungen nicht nur politisch und kirchenpolitisch im Verhältnis zur Konstituon im Kirchenstaat wie zu anderen Regierungen, sondern auch in ihrer Einstellung zu den modernen Ideen und Bestrebungen Anlaß zu mancher Kritik bieten; daß er ein warmes Herz für das Werk der Glaubensverbreitung besaß und es auch durch die Tat bekundete, wird niemand in Abrede stellen können. Diese Verdienste um die Restauration des Missionswerkes sind um so höher anzuerkennen, als Gregor aus einem vielfach veralteten Orden stammte, der die Missionsaufgabe nicht in seinem Programm verfolgte.

Dieser Missionseifer begleitete Capellari auch nach der Papstwahl von 1831 in sein Pontifikat und bis zu dessen Abschluß. Wie er in seiner Allokution von 1838 den Kardinälen erklärt, sah er nach seiner Erhebung als Leiter des Missionswerkes in dessen Pflanzung und Verbreitung seine unablässige Hauptsorge. Vor allem galt sie den heimatlichen Missionsanstalten. Noch in seinem Testament vermachte er der Propagandakongregation 17 000 Dukaten für die Mission und dem Propagandakolleg seine wertvolle polyglotte Bibliothek, wie er die Einkünfte auf 500 000 Dukaten erhöhte. Auch der übrigen römischen Missionskollegien nahm er sich liebevoll an. Analog erwies er dem Pariser Missionsseminar große Sympathien. Ebenso schenkte er 1839 die Reliquien des hl. Eruperius aus der Kallistuskatakombe dem Lyoner Verein der Glaubensverbreitung nebst Ablässen und Festbewilligungen. Nicht minder segnete, begünstigte und schützte er das unter ihm 1843 von Bischof de Forbin-Janson in Paris gestiftete Werk der heiligen Kindheit (Kindheit-Jesu-Verein).

Zunächst wandte der Papst seine intensive Sorge der Orientmission zu, die unter seinem Pontifikat durch die Gewährung voller Missionsfreiheit mit allen politischen Rechten durch die Pforte an die Christen (1839) und die Befreiung der Unierten von der schismatischen Jurisdiktion (1830/37) wenigstens äußerlich neu aufatmete. Von der europäischen Balkanmission nahm insbesondere Bosnien sein fortgesetztes Augenmerk in Anspruch. Ebenso begründete er eine orientalische Hierarchie für die griechischen Katholiken der Walachei, Moldau und Siebenbürgens.

Nachdem Prinz Otto von Bayern König der 1830 für unabhängig erklärten Griechenland und 1833 auch die orthodoxe Kirche von Hellas autokephal geworden war, andererseits die lateinischen Katholiken des neuen Reiches nicht mehr unter der geistlichen Gerichtsbarkeit des Apostolischen Vikars von Konstantinopel sowie des Bischofs von Zakynth und Kephalonia belassen werden konnten, stellte der Papst am 19. August 1834 auf Rat der Propagandakardinäle für die zerstreuten Gläubigen des Peloponnes und Kontinents wie der noch nicht unter Bischöfen des Archipels stehenden Inseln den Bischof von Syra als Apostolischen Delegaten auf, um ihn gleich allen Katholiken am 25. August dem „durch wunderbare göttliche Fügung" erhobenen Otto I. in einem eigenen Breve zu empfehlen. Schon in seinem ersten Regierungsjahr bestellte er den Bischof von Santorin zum Apostolischen Visitator behufs Leitung der Diözese Naxos und Aloïs Lastaria zum Bischof von Zakynth und Kephalonia.

Auch für die anatolische oder kleinasiatische Mission in der vorderasiatischen Türkei traf der Papst dadurch Vorsorge, daß er 1831 den Bischof Forbin-Janson von Nancy und 1832 den zum Bischof erhobenen Priester Julian Hillaireau als Apostolischen Visitator von Smyrna zwecks Abstellung der Mißbräuche und Regelung der kirchlichen Verhältnisse gleichwie 1837 den Kanonikus Tandon von Korcyra von Ikonium aufstellt. Am 23. März 1841 ordnete er weiter die Missionen von Palästina dahin, daß er sie dem Kustos oder Guardian der Franziskaner im Heiligen Lande und für Cypern unterstellte, zwölf Pönitentiare in Jerusalem aus dem Orden bestimmte und die Amtsdauer auf sechs Jahre ausdehnte. Persönlich der Gräkomelchiten übertrug er 1831 das Erzbistum Hierapolis dem Patriarchen Ignatius von Antiochien.

Besonders die Armenier machten Gregor XVI. viel zu schaffen und waren Gegenstand seiner eifrigen Fürsorge. Wie er 1833 die Ernennung des Propstes Stefanowicz zum armenischen Erzbischof von Lemberg durch den Kaiser von Oesterreich genehmigte, so traf er am 3. Februar 1832 Reformbestimmungen für die eben aus der Verfolgung befreiten katholischen Armenier von Konstantinopel, indem er ihren vom Sultan nicht anerkannten neuen Erzbischof und Primas Anton Nurnian ermahnte, die bei der Errichtung 1830 von Pius VIII. aufgestellten Gesetze zu beobachten, ein großes Priestergelage zu vermeiden, in der Meßfeier und Sakramentenspendung die vorgeschriebenen Riten zu wahren, die Tauf- und Ehetaxen abzuschaffen, Privatorien zu gestatten usw.

Für die nordafrikanische Mission bedeutet es eine große Aera, als Gregor XVI. am 2. August 1838 das von den Franzosen unterworfene Algier (Julia Caesarea) auf Bitten des Königs Luis Philippe unter Lobsprüchen auf seine glorreiche altchristliche Vergangenheit zum bischöflichen Sitz mit Kathedrale und Kapitel erhob, nachdem das Sarazenenjoch gesprengt, der christliche Kultus, die Predigt Christi und der Zutritt von Missionaren freigestellt, ja ein mohammedanischer Tempel in eine Kirche mit öffentlicher Verehrung des Kruzifixes und Marienbildes umgewandelt worden war.

Im Interesse der Afrikaner verbot und verurteilte er 1839 unter Berufung auf das christliche Gesetz und die Verordnungen seiner Vorgänger den Sklavenhandel. Die westafrikanische Mission förderte oder inaugurierte er durch Einsetzung eines neuen Vikariats Ober- und Unterguinea mit Sierra Leone am 3. Oktober 1842, worauf er 1844 dem Inhaber Edward Baron zum Bischof von Eucarpe unter Belassung des bisherigen Titels von Constantine ernannte. Auch die Präfektur von Madagaskar richtete er wieder ein und wollte sie 1835 zum Vikariat aufsteigen lassen, gab aber wegen der ausgebrochenen Christenverfolgung den Gedanken einer Ueberweisung an die Jesuiten wieder auf.

— **Methodik der Zeitungswissenschaft.** — Unter dem Titel „Grundbegriffe des Zeitungswesens" gibt der Referent am Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin, Dr. Hans Traub, einen methodischen Grundriß der Zeitungswissenschaft. Das bei C. E. Poeschel in Stuttgart erschienene Buch verarbeitete die bisherige Literatur, untersucht die Zusammenhänge zwischen der Zeitung und ihren Teilen sowie zwischen Erzeuger und Abnehmer und vergleicht die Zeitung innerhalb des Systems der Ausdrucksmöglichkeiten unter den Menschen **auch mit dem Film, dem Rundfunk und der Schallplatte.**